



Interviews

Kritik an geplanter EU-Asylrechtsreform

Interview mit Jessica Rosenthal, Juso-Vorsitzende, im Interview mit Dirk-Oliver Heckmann

"Informationen am Morgen", 7.6.2023, 7:15 Uhr

Dirk-Oliver Heckmann: Zugehört hat am Telefon Jessica Rosenthal. Sie ist die Vorsitzende der Jungsozialisten, des Jugendverbandes der SPD. Schönen guten Morgen, Frau Rosenthal.

Jessica Rosenthal: Guten Morgen, Herr Heckmann.

Heckmann: Ist die SPD eigentlich noch Ihre Partei?

Rosenthal: Natürlich ist die SPD meine Partei.

Heckmann: Sie haben immerhin gesagt, dass die Bundesregierung über Haftlager an den EU-Außengrenzen und schnellere Abschiebungen spreche. Das sei einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unwürdig. Entspricht die Linie der SPD, der SPD-geführten Bundesregierung noch den Grundsätzen Ihrer Partei?

Rosenthal: Ich habe ja in meinem Statement – und dabei bleibe ich auch in der Härte – sehr deutlichgemacht, dass ich das nicht so sehe und dass ich der Meinung bin, dass es wichtig ist, dass die Sozialdemokratie an dieser Stelle

deutlichmacht, dass Außenlager, die ganz klar zu haftähnlichen Bedingungen führen werden – da bin ich fest von überzeugt; die Lager in Griechenland sind angesprochen worden -, dass die SPD diesen Kurs nicht mittragen kann und dass sie ihn auch nicht einschlagen sollte. Das ist aber noch mal was Anderes als zu sagen, die SPD wäre nicht mehr meine Partei. Das sind zwei völlig unterschiedliche Dinge. Wir streiten innerhalb der SPD über den richtigen Kurs. Es ist völlig klar, dass es Lösungen braucht, und da, glaube ich, sind wir uns alle einig. Die Frage ist, wie diese Lösungen aussehen.

Heckmann: Die Bundesregierung schlägt genau diesen Kurs ein, den Sie jetzt kritisieren und der aus Ihrer Sicht von den Grundsätzen der SPD abweicht.

Rosenthal: Ja, ganz genau, und deswegen kritisiere ich diesen Kurs auch. Ich glaube ganz sicher, dass es nicht richtig ist, diesen Weg einzuschlagen. Ich finde es insgesamt extrem bedenklich, wie die Debatten immer wieder laufen. Wenn sich zum Beispiel Bund und Länder streiten, dann ist man sich ganz schnell einig, dass man es auf dem Rücken der Schutzsuchenden austragen kann. Wenn sich in der EU gestritten wird, dann ist man sich auch einig, dass man das auf dem Rücken der Schutzsuchenden austragen kann. Das kein nicht die Position sein, die in irgendeiner Weise a) eine Lösung liefert, die wirklich funktioniert, aber b) vor allem auch mit Blick auf Humanität keine Position, die man vertreten kann. Dafür werde ich sehr intensiv weiter streiten, werden übrigens auch nicht nur ich, sondern viele andere auch streiten, und dann müssen wir in der SPD, glaube ich, mal diskutieren, ob wir diese Position überhaupt vertreten können. Ich sehe das nicht, dass es dafür eine Mehrheit innerhalb der Partei gibt, aber es gehört zu so einer parteiinternen Diskussion dazu, dass man über solche Positionen streitet. Da wäre ich wirklich dafür, dass

man das auch als demokratischen Akt bezeichnet und nicht direkt die Grundsatzfragen stellt. Das tue ich auf jeden Fall nicht.

Heckmann: Keine Mehrheit in der Partei aus Ihrer Sicht für diesen Kurs. Aber Nancy Faeser, ebenfalls SPD-Mitglied, und auch Bundeskanzler Olaf Scholz stellen sich genau hinter diese Pläne.

Rosenthal: Ja, genau, und das kritisiere ich und da bin ich auch der festen Meinung, dass wer den Parteienvertrag unterschrieben hat, wie mit dem Koalitionsvertrag auch festgeschrieben, in dem andere Lösungen vorgeschlagen werden und sich auch gegen solche Konzepte ausgesprochen wird, dass dann nicht ein sozialdemokratischer Teil der Bundesregierung hingehen kann und das anders vertreten kann. Diese Position habe ich sowohl intern wie auch extern vertreten, werde ich weiter vertreten, und ich bin ja damit auch nicht alleine. Von daher müssen diese Diskussionen weiter geführt werden und ich hoffe sehr, dass jetzt bei dem kommenden Gipfel vor allem über die Frage des solidarischen Verteilmechanismus gesprochen wird und nicht über die Frage der Außengrenzen, weil es dafür aus meiner Perspektive auch keine einheitliche Position gibt.

Heckmann: Innenministerin Faeser führt die beiden Schlagworte „Solidarität“ und „Verantwortung“ im Mund. Das bedeutet, dass die EU-Außengrenzenländer ihrer Verantwortung nachkommen müssen, wie es ja sowieso schon geregelt ist, damit wirklich Registrierungen vorzunehmen, und die andere Seite der Medaille, dass die EU-Binnenländer Solidarität üben und verbindlich zusagen, Geflüchtete aufzunehmen. Viele Menschen kommen aus Ländern, deren Asylantrag zu 90, 95 Prozent abgelehnt wird. Ist es dann nicht

sinnvoll, solche Verfahren wirklich schnell durchzuführen und direkt an der Grenze durchzuführen?

Rosenthal: Ich halte davon nichts, weil ich ganz sicher bin, dass es zu haftähnlichen Zuständen kommt, dass es zu Menschenrechtsverletzungen kommt, dass die einzelnen Schutzsuchenden – und da würde ich auch sagen, gerade wenn man sich die Quoten so anguckt, reden wir ja schon über einen hohen Anteil insgesamt von Personen, die dann Schutz tatsächlich zugeteilt bekommen. Dann ist die Frage, halten wir uns noch an das Recht, dass jeder Asylantrag einzeln geprüft werden muss. Ich glaube, mit diesem Verfahren wird das auf jeden Fall aufgehoben werden.

Heckmann: Sie sollen ja geprüft werden, aber schneller.

Rosenthal: Na ja, gut. Aber dass man dann eher pauschal sagt, aus dem Land sieht es eh schlecht aus, und dann ist man vielleicht noch über einen angeblich sicheren Drittstaat eingereist, da wäre ich mir nicht sicher. Ich meine, wir haben im Moment schon illegale Pushbacks an den EU-Außengrenzen, da guckt man auch irgendwie schulterzuckend zu, versucht, das jetzt sogar noch zu legitimieren. Der ganze Duktus der Debatte ist einfach falsch und wenn man sich dann anguckt, dass selbst die Bundesregierung oder große Teile der Bundesregierung sagen, Kinder unter 18 sollten nicht diese Verfahren durchlaufen, dann ist das doch schon ein Eingeständnis dafür, dass das offensichtlich keine Verfahren sind, denen man Kinder aussetzen möchte, die man Schutzsuchenden aussetzen möchte. Da sehe ich ganz klar, dass sich alle bewusst sind, über was wir reden, und ich lehne das absolut ab und glaube nicht, dass das eine Lösung ist, übrigens auch nicht für die vielen Kommunen, die zurecht darauf verweisen, dass sie Unterstützung brauchen.

Heckmann: Dass Menschenrechtsverletzungen stattfinden werden, das würde Nancy Faeser sicherlich zurückweisen. Der ganze Prozess soll ja auch beobachtet, kontrolliert werden und es soll auch weiterhin Einspruchsmöglichkeiten rechtlicher Art abgelehnter Asylbewerber geben. Und Faeser sagt auch, der Schengen-Raum ist in Gefahr. Wenn es keine Lösung gibt, dann würden immer mehr EU-Länder ihre Grenzen schließen. Man sei bereit, die Menschen zu schützen, die vor Krieg und Terror geflüchtet sind. Damit Deutschland aber dazu weiter in der Lage sei, müssten wir die irreguläre Migration begrenzen. Ist da nicht was dran?

Rosenthal: Ich stimme auf jeden Fall mit Nancy Faeser komplett darin überein – deswegen sind wir ja auch in einer Partei -, dass wir den Schengen-Raum auf jeden Fall bewahren müssen, dass es darum gehen muss, Menschen, die vor Krieg fliehen, zu schützen. Die Frage ist, sind Außenlager dafür eine Maßnahme, die das gewährleisten, und da bin ich komplett anderer Meinung als sie. Ich bin der festen Überzeugung, das ist nicht der Fall. Wir setzen einen Kurs fort, den wir schon die ganze Zeit gehen, nämlich zu sagen, wir höhlen das Recht auf Asyl aus, obwohl wir sagen, es ist ein Menschenrecht - es ist ein Recht, zu dem wir übrigens gerade als Deutschland stehen -, anstatt darüber zu sprechen, wie kriegen wir das hin mit einem solidarischen Verteilmechanismus. Ich habe wirklich auch Verständnis dafür, dass das in der EU nicht einfach ist, wenn wir uns angucken, welche anderen Regierungen es noch gibt, und ich finde es auch richtig – und das hat Nancy Faeser übrigens auch immer gemacht -, genau für diesen Kurs zu werben. Aber dann stellen wir doch bitte das ins Zentrum, die Frage, wie werden endlich die Staaten, die an den Außengrenzen sind, vernünftig entlastet, indem wir einen solidarischen Verteilmechanismus

haben, anstatt immer wieder zu sagen, wir müssen irgendwie gucken, dass wir die, die Hilfe suchen, loswerden. Das ist doch keine Position!

Heckmann: Glauben Sie nicht, dass beides dazugehört, nämlich die Solidarität der Binnenländer bedingt auch die Tatsache, dass die Zahl der Migranten, die in Europa ankommen, reduziert wird?

Rosenthal: Ich bin der festen Überzeugung, dass wir auf jeden Fall die Frage der Fluchtursachen ins Zentrum rücken müssen, und dann wird es sicherlich nicht helfen, wenn wir den Entwicklungshilfe-Etat kürzen wollen in dieser Haushaltsberatung. Das steht ja irgendwie mit auf dem Programm. Das sehe ich als völlig fatal an. Im Gegenteil: Man muss gerade als EU gucken, wie können wir diese Fluchtursachen wirklich noch besser bekämpfen. Aber ich glaube auch nicht, dass ein ganzer Kontinent damit überfordert sein wird, jeden Antrag auf Asyl von den Menschen, die kommen, einzeln zu prüfen und das in vernünftigen Bedingungen, wo wir nicht Menschen an den Außengrenzen einsperren. Das werden wir doch wohl hinkriegen! Ich traue uns das auf jeden Fall zu und ich würde mir wünschen, dass dieses Zutrauen auch die Debatte bestimmt, und sehe, dass das eher aufgrund von diesen ganzen Dynamiken versucht wird, in diese auch sehr populistischen Debatten zu schieben, und da sehen wir eine Diskursverschiebung, die ist so fatal und so falsch, und ich werde mich da auf jeden Fall gegenstemmen – nicht nur ich, sondern viele mit mir -, und ich hoffe, dass wir am Ende auch Erfolg haben, um das zu verhindern.

Heckmann: Viele waren sich einig, 2015 dürfe sich nicht wiederholen. Gilt das aus Ihrer Sicht nicht oder nicht mehr? Die AfD liegt jetzt bereits bei 17, 18 Prozent bei den Umfragen.

Rosenthal: Na gut. Die Frage ist, liegt das daran, dass Geflüchtete nach Deutschland kommen. Ich meine, nicht. Ich meine, wir haben gesehen, dass dieses Land extrem solidarisch ist. Ich bin unfassbar dankbar für die Hilfe, die ganz, ganz viele Menschen in Deutschland gegeben haben, als es um die Ukraine ging, als es auch um 2015 ging. Wenn wir uns angucken, wie viele sichere Häfenstädte wir in Deutschland haben, dann glaube ich schon, dass gerade von unten eine hohe Solidarität auch bereit ist zu geben. Der Punkt ist, wie können Bund und Länder dann die Kommunen unterstützen. Das ist völlig klar. Und wenn wir über die Ergebnisse bei der AfD sprechen, bin ich sicher, werden wir nicht monokausal in diese Richtung gucken müssen. Dann geht es auch darum, wie führt eine Opposition eigentlich eine Debatte, wieviel Populismus macht eigentlich die Union. Da habe ich sehr viel Kritik dran. Und natürlich geht es auch darum, dass wir als Ampel vernünftige Politik machen und auch gemeinsam einen Kurs einschlagen. Ich glaube, da herrscht Einigkeit. Aber da würde ich jetzt wirklich vor warnen zu sagen, es geht jetzt nur darum, dass Menschen irgendwie nach Deutschland kommen. Da sehe ich nicht die Hauptursache drin und ich glaube auch, dass Deutschland an der Stelle mehr kann und das auch bewiesen hat. Nur es wäre schön, wir würden darüber auch mal reden.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.